

Bürger für Bürger  
**BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.**

überparteilich - tolerant

Fraktion

Stadt Leverkusen  
- Der Oberbürgermeister -

19. APR. 2010

Eingegangen

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731  
INTERNET: <http://www.buergerliste.de>

Leverkusen, den 10.4.2010

Herrn OB Buchhorn z. K.

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Büro des Rates 2) 012 20/10/10

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung des Bezirkes I:

Die Planungen und Beschlüsse der Bezirksvertretung zur Gestaltung des Friedensparks werden im Bereich der Löwenzahnschule/Netzstraße zunächst zurückgestellt, um eventuell notwendig werdende Planungen für das neue Rheindorfer Jugendhaus dort einpassen zu können. Planungsüberlegungen, die spätestens bis Ende Mai abgeschlossen sein könnten, da hier durch die Verwaltung bereits grundsätzliche Planungen zum Flächenbedarf vorliegen.

**Begründung:**

Durch die juristischen Einsprüche der Anwohner entsteht eine Situation, die den Bau des Jugendhauses an der Bober-/Solinger-/Oderstraße höchstwahrscheinlich ausschließen, da der Regierungspräsident vorschreibt, dass die Planungen zum Jugendhaus bis Ende des Jahres und der Bau Anfang des nächsten Jahres abgeschlossen bzw. begonnen werden müssen: Siehe Förderrichtlinie zur Stadterneuerung aus 2008 und Bericht zur Akteneinsicht in Anlage !

Deshalb erscheint es sinnvoll, den Bereich Friedenspark/Schule Netzstraße, der auch von der Verwaltung zunächst zum Bau des Jugendhauses bevorzugt wurde, solange frei zu halten, bis kurzfristig feststeht, dass hier keine Planungsüberschreitungen eintreten.

Bernd Neufeind

K.P. Gehrtz

( Erhard T. Schoofs )

Bürger für Bürger  
**BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.**  
überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731  
INTERNET: <http://www.buergerliste.de>

**Bericht zur Akteneinsicht „Jugendhaus Rheindorf“**

=====

Da unserer Fraktion mitgeteilt wurde, dass ab sofort das Rechnungsprüfungsamt im Zuge seiner Prüfungen auch die geordnete und durchnummerierte Anlage der Akten überprüft, und somit die Hoffnung besteht, dass bei Akteneinsichten nun ordnungsgemäß angelegte und nicht - zum Beispiel - nachträglich durchnummerierte Aktensammlungen von der Verwaltung vorgelegt werden, erspare ich mir hierzu zunächst weitere Bemerkungen.

Einleitend und zusammenfassend möchte ich darstellen, dass noch Lage der Akten die Verwaltung beim Bürger-/Jugendhausbau keine klare und stringente Linie vertreten hat/vertritt.

Von einem Bürgerhaus im Bereich der Schule Netzestraße; über die Aufgabe der Grundschule Masurenstraße; über die synergetische Zusammenführung von Jugendhaus / Jugendwerkstätten / 6 bis 8-gruppigem Kita / Jugendkunstgruppen / Grundschule / Bauspielplatz; bis hin zu einer Minimallösung mit Jugendhaus und dort locker assoziierten Kursen der Jugendkunstgruppen sowie einen das Jugendhaus weitgehend umgebenden Bauspielplatz - und dabei Jugendhaus und Bau auch noch in einer wenig Erfolg versprechenden getrennten Trägerschaft von Stadt und vier kirchlichen Organisationen - das ist ein weiter, wirrer und nicht ansatzweise überzeugender Weg.

Die vom RP geforderte synergetische und sinnvolle Zusammenführung von mehreren Einrichtungen im Sinne der Förderrichtlinie zur Stadterneuerung aus 2008 ist damit meines Erachtens nicht erreicht.

Zumal die Jugendkunstgruppen in ihrer bisherigen Unterbringung in den örtlichen Grundschulen im Sinne der zu fördernden Kinder meines Erachtens besser/Erfolg versprechender angesiedelt sind.

Es gibt gegen die Ansiedlung des Jugendhauses im Dreieck Solinger-, Oder- und Boberstraße zudem erhebliche Einwände und Unstimmigkeiten :

- 1.) Dieser Bereich liegt in einem Wohngebiet, woraus sich erhebliche Probleme mit der jetzt bereits durch eine Anwaltskanzlei vertretenen Anwohnerschaft ergeben, deren Einwände gegen den Standort auch von dem Bürgerarbeitskreis „Jugendhaus“ des Projektes „Soziale Stadt Rheindorf“ einhellig geteilt wird.

Dieser Arbeitskreis hat nun bei 44 Anwesenden einstimmig einen Antrag an die Ratsgremien beschlossen, einen neuen Standort für das Jugendhaus im Bereich des weitläufigen Friedensparks zu suchen.

Die Bereitschaft der anwohnenden Bürgerschaft, hier für ihre Rechte zu prozessieren, wirft das wohl entscheidende Problem auf, da den Akten klar zu entnehmen ist - u. a. aus einem Schriftstück vom 18.12.2009 [REDACTED] dass der Regierungspräsident/RP nur dann einen Zuschuss garantieren kann, wenn die Fertigstellung der Planungen bis Ende 2010 vollzogen ist und der Baubeginn Anfang 2011 erfolgen kann.

Diese wichtigen Festlegungen durch den RP haben auch [REDACTED] Jugendamtsleiter, [REDACTED]/Stadtjugendpfleger und [REDACTED]/Projektleiterin des Projektes „Soziale Stadt Rheindorf“ immer wieder in Gesprächen aus- und nachdrücklich betont.

Es könnte natürlich - trotz mehrfachen schriftlichen sowie mündlichen Hinweises der BÜRGERLISTE sowie aus den Gremien der „Sozialen Stadt“ - bisher übersehen worden sein, dass hierdurch der Bau des Jugendhauses ernsthaft gefährdet ist: anhaltender Rechtsstreit/dadurch Fertigstellung der Planungen bis zum Jahresende nicht möglich/Baubeginn erst recht nicht.

Aber man möchte dies sicherlich nicht als böse Absicht werten, obwohl die BÜRGERSCHAFT diese Vermutung schon äußert und insbesondere Vertretern der CDU zunehmend unterstellt.

- 2.) Zudem sind die geltenden Beschlüsse des Rates gegensätzlich. Der bisher nicht aufgehobene Grundsatzbeschluss, dass u. a. die Jugendwerkstätten in die Jugendhausplanung zu integrieren sind, widerspricht dem beschlossenen Standort, da diese Zusammenführung dort schon räumlich nicht möglich ist, ohne den Bauspielplatz/Baui deutlich zu verkleinern.  
Eine markante Verkleinerung des Baui wird aber bisher zumindest klar ausgeschlossen.
- 3.) Weiterhin liegt in diesem Bereich eine große Eon-Hochdruckferngasleitung, zu der nach beiden Seiten zumindest ein Abstand von acht Metern eingehalten werden muss, wie Eon ausführt. Dies weisen zumindest die Akten so aus.  
Neuere Gesetzgebung sieht angeblich noch größere Abstandspflichten vor. Siehe hierzu das Problem mit der Ferngasleitung entlang der Stadtgrenze nach Köln zum Ortsteil Schlebusch!
- 4.) Die Verwaltung hat zweifelsfrei zunächst den Standort an der Grundschule Netzestraße/Friedenspark bevorzugt und für diesen Standort sogar mehrere konkrete Planungsvorschläge - Jugendhaus plus Jugendwerkstätten plus Kita plus . . . - gemacht und hierzu auch den Flächenbedarf errechnet.  
Siehe u. a. ein Schriftstück vom 7.4.09 [REDACTED]
- 5.) Verwunderlich ist, dass die Verwaltung ein Raumprogramm - zusammen 880 qm -

für das neue Jugendhaus - Siehe u. a. Schriftstück vom 15.1.10 I - erarbeitet hat-, dies aber bisher unseres Wissens weder den Ratsgremien noch dem auch hierfür eingerichteten Bürger-Arbeitskreis „Jugendhaus“ des Projektes „Soziale Stadt“ vorgelegt hat.

Eine inhaltliche Programm- und Zielvorgabe für die Arbeit des Jugendhauses wurde in den zuständigen Gremien leider bisher nicht einmal ansatzweise begonnen, weil die Verantwortlichen hier mauern.

Im Bürger-Arbeitskreis "Jugendhaus" wurde aber bereits mehrfach klar, dass man die Anlage der bisherigen Arbeit des alten Jugendhauses als gescheitert ansieht, wo allzu oft das Personal des Jugendhauses die Zahl der jugendlichen Besucher übertrifft.

Im Arbeitskreis war oft Meinung, dass man ein Jugendhaus nur dann effektiv führen kann, wenn man die Jugendlichen, die sich in Rheindorf an vielen Ecken gruppenweise und Probleme bereiterend herumdrücken, dort auch mit ihnen angemessenen Angeboten aktiv abholt.

Auch gesellige Angebote - wie zum Beispiel Discos/Videogruppenspiele - sollten hier im Vordergrund stehen, zumal ein Jugendhaus keine Zweigstelle der Volkshochschule/VHS zur Fortbildung sei.

Eine inhaltliche Programm- und Zielangabe sollte, ja müßte zudem am Anfang aller Planungen stehen, da sich ein entsprechendes Raumprogramm und eine Einrichtungskonzeption des Hauses hiernach zu richten hat.

Auch die zum Jugendhaus erfolgte Architektenwahl verblüfft. Hier wurde nach den Akten ein Architekt benannt, den ein Mitglied der Verwaltung deshalb als geeignet ansah, weil er bereits einmal ein Jugendhaus innerhalb einer Wohnbebauung realisiert hat. Eine erkennbare und fachliche Auswahl erfolgte nicht. Echte und nachprüfbar Kriterien zur Beauftragung des Architekten finden sich zumindest in den mir vorliegenden Akten nicht. Es erfolgte auch keinerlei Ausschreibung. Höchst eigenartig!

6.) Sehr verwunderlich ist auch, dass nach den Akten der ausgesuchte Architekt, [REDACTED] bereits 16.577,62 Euro Kostenerstattung für Vorplanungen zugesprochen erhielt - Kostendeckung aus Mitteln zu Kita Bodestraße und Kita Kreuzbroicherstraße ? ! -, obwohl das Rechnungsprüfungsamt Einspruch erhob, Mittel v o r der Verabschiedung des Haushaltes 2010 durch den Rat zu vergeben.

7.) Verwunderlich ist zudem ein Vermerk [REDACTED] der sich bei [REDACTED] der Anwaltskanzlei [REDACTED] erkundigte, ob der Hinweis von Herrn Schoofs richtig sei, dass die Anwohner sich bereits anwaltschaftlicher Hilfe durch [REDACTED] bedienen. Als [REDACTED] dies verneinte, mailte [REDACTED] dies anderen Mitarbeitern der Verwaltung und stellte süssisant die Glaubwürdigkeit von E.T. Schoofs in Frage. Verwunderlich ist dabei nicht nur die Auskunftsfreudigkeit der Kanzlei, die

hierdurch wohl zudem einen Auftrag verlor, der jetzt an die renommierte Anwaltskanzlei [REDACTED] ging.

8.) Verwunderlich sind aber auch die Kostenberechnungen zu den ganzen Planungen. Versicherten die Vertreter der Stadt zunächst immer wieder, man habe zu allen bisherigen Grobplanungen auch grobe Kostenrechnungen gefertigt - was weitgehend auch die Akten bestätigen - sagen Verwaltungsmitglieder jetzt, dass die vorgesehenen zwei Millionen - davon 80-90% durch das Land - für die Einbindung der Jugendwerkstätten nicht reichen. Sie führen aber in den Akten auch aus, dass man für Jugendhaus und Bauspielplatz alleine möglicherweise nur 1,6 Millionen brauche.

**Fazit:** Die Vorgehensweise/die Planungen der Stadtverwaltung zum Neubau Jugendhaus sind höchst unbefriedigend und basieren leider oft auf inhaltlosen Annahmen. Ein koordiniertes Vorgehen von Fachämtern stelle ich mir anders vor.

Insbesondere ist aber bemerkenswert, dass und wie die Ratsgremien und die Gremien der „Sozialen Stadt“ über wesentliche Planungen und Festlegungen der Stadtverwaltung bis heute - augenscheinlich bewusst - nicht informiert wurden.

Der Bau des Jugendhauses ist durch den berechtigten Einspruch der Anwohner gefährdet. Da dies inzwischen alle Verantwortlichen wissen, verdichtet sich die Unterstellung, dass die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung ein Scheitern des Neubaus zumindest in Kauf nehmen, langsam, aber sicher, zur Realität. Zumal es in Rheindorf zentralere und deutlich besser geeignete Stellen zum Bau eines Jugendhauses gibt. Stellen, die sogar zunächst von der Fachverwaltung bevorzugt, dann aber durch eine Ratsmehrheit verworfen wurden. Augenscheinlich, weil sich einige örtliche Politiker der CDU mit ihrer Meinung durchsetzen konnten. Siehe hierzu u. a. auch ein Papier der CDU/Herr Scholz, das den Akten beiliegt!

Wenn jetzt nicht zumindest ein Alternativstandort mit in die Planungen einfließt, muss sich - auch nach Aktenlage - die Ratsmehrheit den Vorwurf gefallen lassen, die Planungen/den Neubau des Jugendhauses bewusst gegen die Wand fahren zu wollen.

Die oben zusammengetragenen Darlegungen und Ansichten beruhen auf den mir zugänglich gemachten Akten, die meines Erachtens entweder nicht vollständig waren und/oder schlimme fachliche Planungsmängel/Planungslücken ausweisen.

Leverkusen, den 8.4.2010 ,

E. T. Schoofs